

K3-139 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Michael Schäfer (KV Mitte)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

Dabei muss sowohl die Finanzierbarkeit als auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmen. Die Genossenschaft „BürgerEnergie Berlin“ sollte am Stromnetz beteiligt werden. Wir wollen möglichst hohe private und staatliche Investitionen für die Energiewende mobilisieren. Das Land investiert nur in die Klimaschutz-Technologien und -Dienstleistungen, in erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Die Stadtwerke Berlin müssen wie von der Enquete empfohlen zu 100% in Landesbesitz sein, können aber für einzelne Projekte Kooperationspartner suchen. Für das Stadtwerk und für die Energienetze gilt für uns Grüne: Berlin begibt sich nicht in Public-Private-Partnerships mit Kohle- und Atomkonzernen, in denen diese wichtige Investitionen blockieren können.

Berlins Stromnetz gehört wieder in die Hand der Berliner*innen. Bürgerenergiegenossenschaften wollen wir eine Beteiligung am Stromnetz ermöglichen.

Berlins Beim Gasnetz hat der Senat die Rekommunalisierung an die Wand gefahren und sich dann in einen aussichtslosen Rechtsstreit begeben. Das ausstehende Urteil des Kammergerichts ist zu akzeptieren. Einen Einstieg des Landes Berlin in den Handel mit fossilem Gas lehnen wir ab und eine Zerschlagung der Gasag kommt für uns nicht in Frage. Vattenfall hat Jahrzehntelang Milliarden mit seinen Kohlekraftwerken verdient, jetzt will es das Land Berlin ins Boot holen und an der Fernwärme und den Kosten des Kohleausstiegs beteiligen. Eine solche Beteiligung wollen wir nicht und auch eine vollständige Rekommunalisierung der Fernwärme sehen wir skeptisch, weil die Kosten des Kohleausstiegs nicht dem Staat übergeholfen werden dürfen.

Unterstützer*innen

Andreas Otto (KV Pankow); Ralf Lottes (KV Pankow); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)